vinetur

Südafrikas höchstes Gericht behält sich Entscheidung im Streit um Ausschankzeiten im Nordkap vor

Der Streit über längere Verkaufszeiten für Alkohol während der Erholung nach der Pandemie könnte klären, wie weit Provinzen Handelsregeln festlegen dürfen

Sonntag, 15. November 2026



Südafrikas Verfassungsgericht behielt sich am Donnerstag, dem 12. November, seine Entscheidung in einem Verfahren über verlängerte Verkaufszeiten für Alkohol im Nordkap vor. Damit bleibt ein Streit offen, der maßgeblich dafür sein könnte, wie weit die Provinzen befugt sind, Regeln für den Alkoholverkauf festzulegen.

Das Verfahren wurde von der Democratic Alliance und der Freedom Front Plus angestrengt. Sie fordern das Gericht auf, eine Entscheidung des Wirtschafts- und Tourismusministeriums der Provinz Nordkap, die Verkaufszeiten für Alkohol zu verlängern, für rechtswidrig und verfassungswidrig zu erklären. Nach den strittigen Provinzregeln durften Einzelhändler Alkohol werktags von 9 bis 22 Uhr und am Wochenende von 9 bis 23 Uhr verkaufen.

Die Antragsteller argumentieren, dass die längeren Verkaufszeiten im Widerspruch zum Liquor Act und zum Disaster Management Act stehen. Diese Gesetze hatten während der Covid-19-Pandemie Beschränkungen vorgesehen, um die Übertragung des Virus einzudämmen und damit verbundene Schäden zu verringern. Mit ihrer Klage rücken sie das Gericht in den Mittelpunkt einer umfassenderen Auseinandersetzung darüber, wie Regierungen im Alkoholmarkt Belange der öffentlichen Gesundheit gegen wirtschaftliche Aktivität abwägen sollten.

Bei der Anhörung verteidigten die Anwälte des Staates die Position des Nordkaps und erklärten, die Änderung sei rechtmäßig. Sie sagten dem Gericht, die längeren Verkaufszeiten sollten die lokale Wirtschaft wiederbeleben und Unternehmen bessere Chancen geben, sich von den während der Lockdowns erlittenen Verlusten zu erholen. Die Provinz argumentierte außerdem, die Entscheidung halte sich innerhalb der geltenden rechtlichen Grenzen und die Aufsicht durch die Alkoholbehörde bleibe bestehen.

Das Gericht verkündete keine sofortige Entscheidung. Stattdessen erklärte es, die Vorbringen der Parteien zunächst zu prüfen und zu einem späteren Zeitpunkt ein Urteil zu fällen. In den vorliegenden Angaben wurde kein Termin für die Entscheidung genannt.

Obwohl sich der Streit auf eine einzelne Provinz konzentriert, wird das Verfahren auch darüber hinaus aufmerksam verfolgt, weil es klären könnte, wie weit Provinzregierungen bei der Festlegung von Verkaufszeiten für Alkohol gehen dürfen. Die Frage ist für Bars, Restaurants, Spirituosenläden und andere Alkoholeinzelhändler ebenso relevant wie für Bier-, Wein- und Spirituosenhersteller und -händler, denn die zulässigen Verkaufszeiten können sich auf Personalplanung, Lieferungen, Öffnungszeiten und Umsatzverläufe auswirken.

Der Fall spiegelt zudem einen politischen Zielkonflikt wider, der die Pandemie überdauert hat. Regierungen haben zu verschiedenen Zeitpunkten argumentiert, dass Beschränkungen beim Alkoholverkauf die Krankenhäuser entlasten und alkoholbedingte Schäden eindämmen können. Wirtschaftsverbände und einige politische Parteien haben dagegen erklärt, strenge Beschränkungen könnten Arbeitsplätze gefährden, Steuereinnahmen verringern und die Erholung kleiner Betriebe bremsen. Im Verfahren zum Nordkap werden diese konkurrierenden Ziele vor dem Hintergrund der Verfassung verhandelt. Nun prüft das höchste Gericht des Landes, ob die Provinz rechtmäßig gehandelt hat.

Beide Seiten erklärten dem Gericht, der Streit werfe wichtige Verfassungsfragen auf. Im Kern geht es darum, ob die Provinz bei der Ausweitung der Verkaufszeiten für Alkohol einen rechtmäßigen Ausgleich zwischen dem Schutz der öffentlichen Gesundheit und der wirtschaftlichen Freiheit gefunden hat. Bis zur Entscheidung des Verfassungsgerichts bleibt diese Abwägung Gegenstand juristischer Prüfung. Unternehmen im Getränkesektor werden genau beobachten, welche Hinweise sich daraus für die künftige Bewertung ähnlicher Regeln ergeben.